Beschluss des Landrats vom 05.11.2026

Nr. 2108

16. Weiterentwicklung der Polizeiorganisation – für mehr Sicherheit im Baselbiet
2025/70; Protokoll: ps

Dominique Erhart (SVP), Präsident der Justiz- und Sicherheitskommission (JSK), erklärt, Ausgangspunkt sei ein Postulat von Landrat Pascal Ryf vom Februar 2025, welches den Regierungsrat aufforderte, die Zusammenarbeit zwischen der Gemeindepolizei und der Polizei Basel-Landschaft zu prüfen und insbesondere zu berichten, wie dieselbe weiterentwickelt werden könnte. Im Kanton Basel-Landschaft gibt es seit der Revision des Polizeigesetzes 2012 ein duales Polizeisystem und somit eine Gemeinde- und eine Kantonspolizei. Die Gemeinden sind für die öffentliche Ordnung verantwortlich und können bei Bedarf eine eigene Gemeindepolizei führen, was aktuell von 13 von 86 Gemeinden getan wird. Der Mitarbeitendenbestand der Gemeindepolizeien beträgt rund 35 Personen. Das Postulat stellt die Aufgabenteilung bzw. die heutige Zusammenarbeit in Frage. Es erwähnt verschiedene Beispiele und fordert eine bessere Nutzung der vorhandenen lokalen Polizeikräfte. Das Stichwort auf Neudeutsch lautet «Next-Best-Prinzip», was bedeutet, dass diejenigen Polizeikräfte eingreifen sollen, die sich am nächsten beim Ereignis befinden, unabhängig von der Zuständigkeit. Der Regierungsrat erachtet die bestehende Aufgabenteilung als zweckmässig und bewährt, sie führe zu einer klaren Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei und die Verantwortlichkeiten und die Einsatzkoordination sind klar geregelt. Aufgrund von unterschiedlichen Kompetenzen, Ausbildungen, Ausrüstungen und Verfügbarkeiten erachten der Regierungsrat respektive die Sicherheitsdirektion eine Anwendung des «Next-Best-Prinzips» nicht für möglich. Auch die Einführung von Regionalpolizeien wird vom Regierungsrat abgelehnt, insbesondere aufgrund der Kleinräumigkeit des Kantons und völlig unterschiedlicher kommunaler Strukturen. Hingegen sieht der Regierungsrat Anpassungsmöglichkeiten beim Einsatz von polizeilichen Sicherheitsassistentinnen und -assistenten, den sogenannten PSIA. Diese könnten bei der Gemeindepolizei zum Einsatz kommen. Das Traktandum führte in der JSK zu einer lebhaften Diskussion, dies in Anwesenheit der Regierungsrätin, der Generalsekretärin, des Polizeikommandanten und von Christiane Trapp, Leiterin Fachstelle Kriminologie.
Eintreten war unbestritten.
Mit grossem Interesse nahm die Kommission die ausführlichen Erklärungen der Polizei Basel-Landschaft entgegen und führte eine sehr kontroverse Diskussion über unterschiedliche Modelle für die Zusammenarbeit zwischen Kantons- und Gemeindepolizei. Dazu gibt es verschiedene Systeme: das duale System wie im Kanton Basel-Landschaft, die Einheitspolizei, das Modell Regionalpolizei sowie kooperative Modelle. Gewisse Nachbarkantone haben diese Modelle ausprobiert oder eingeführt. Eine Übertragung auf den Kanton Basel-Landschaft brächte aus Sicht des Regierungsrats jedoch keine Vorteile. Mit einer Einheitspolizei würde die Priorisierung der Aufgaben dem Kanton zugewiesen und die Gemeindekompetenzen würden beschnitten. Die Kantonspolizei hingegen müsste auch reine Ordnungsaufgaben erfüllen, was im Korps nicht bei allen Mitgliedern auf grosse Begeisterung stösst. Ein Thema, das unter den Nägeln brennt, ist die direkte Öffnung des Polizeifunks für die Gemeindepolizei. Aus Gründen des Amtsgeheimnisses und aufgrund des Informationsschutzes über aktuelle Kriminalfälle ist dies nicht möglich. Die Gemeindepolizistinnen und -polizisten würden sehr gerne – und dafür besteht ein gewisses Verständnis – ihr Arbeitsgebiet in den Bereichen Sicherheit und Strafverfolgung erweitern. Das geht aber nicht, weil nicht alle Gemeindepolizisten über eine Ausbildung verfügen, die eine Wahrnehmung solcher Aufgaben abdeckt. Summa summarum ist man der Meinung, dass sich das jetzige duale Modell bewährt hat, weil damit Kompetenz und Verantwortlichkeiten klar abgrenzt werden können. Deshalb beantragt die JSK mit 12:1 Stimmen ohne Enthaltung, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

Martin Karrer (SVP) hält fest, es habe sich gezeigt, dass das duale System klare Zuständigkeiten schaffe und sich in der Praxis bewährt habe. Die vorgeschlagenen Alternativen wie Regionalpolizei oder Einheitspolizei weisen gemäss Regierungsrat und JSK strukturelle und rechtliche Nachteile auf, während punktuelle Optimierungen erfolgen können. Für die «Next-Best»-Lösung hat ein Teil der SVP-Fraktion gewisse Sympathien. Die Befürworter haben den – allerdings hinkenden – Vergleich mit der Feuerwehr gemacht. Es gibt lediglich 13 Ortspolizeien, es sind aber flächendeckend Feuerwehren im Einsatz. Selbst bei der Feuerwehr gibt es Einsätze, für die keine Orts- oder Verbundsfeuerwehr aufgeboten wird, beispielsweise auf der Autobahn. Dort ist nicht «next best» angesagt. Ein Teil der SVP-Fraktion ist für Abschreiben, der andere für Stehenlassen.

Simone Abt (SP) führt aus, die SP-Fraktion folge der Kommissionsmehrheit und spreche sich für Abschreibung des Vorstosses aus. Nichtsdestotrotz ist das Thema damit nicht zwingend vom Tisch. Insbesondere ist sehr wichtig, dass man sich inskünftig darum kümmert, dass das Potenzial der Polizeien auf den verschiedenen Ebenen koordiniert und sinnstiftend eingesetzt werden kann – denn es ist schade, wenn ein Teil der Polizei, die obere Ebene, über Überlastung klagt und die Gemeindepolizeien frustriert sind und sich unterfordert und unterschätzt fühlen. Die SP-Fraktion ist weiterhin interessiert an entsprechenden Vorstössen.

Jacqueline Bader (FDP) vertritt das Geschäft für Marc Schinzel. Die FDP-Fraktion folge der JSK und sei gespannt, wie es weitergeht. Das Thema ist interessant, aber für den Moment erledigt.

Stephan Ackermann (Grüne) erklärt, für die Grüne/EVP-Fraktion sei klar, dass geprüft und berichtet worden sei. Das Postulat wurde gut erörtert und die Mehrheit der Grüne/EVP-Fraktion ist für Abschreibung. Das Thema ist jedoch nicht erledigt. Es gibt dazu erneut einen Vorstoss mit einem erweiterten Auftrag. Das Ganze kann erneut diskutiert werden.

Pascal Ryf (Die Mitte) hält fest, heute Morgen sei ein dringlicher Vorstoss zur Unterstützung der Polizei durch die Militärpolizei nicht überwiesen worden. Das Zweidrittelmehr wurde nicht erreicht. Jedoch zeigte das Ganze, dass es sinnvoll ist, zu prüfen, wie die Kantonspolizei unterstützt werden kann. In einigen Gemeinden gibt es Gemeindepolizeien und es stellt sich die Frage, wie diese die Kantonspolizei noch besser unterstützen könnten. Im Postulat ging es nicht um eine Kritik an der Arbeit der Kantonspolizei oder darum, ihr Kompetenzen streitig zu machen; im Gegenteil, die Kantonspolizei leistet eine hervorragende Arbeit, gerade auch mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Es geht dem Redner auch nicht um die Abschaffung der Gemeindepolizeien, sondern darum, zu prüfen, ob beispielsweise eine Regionalpolizei möglich wäre. Dieser Prüfauftrag ist erfüllt und die Argumentation ist nachvollziehbar. Aber es geht auch um die Frage, wie die vorhandenen Ressourcen besser gebündelt werden können und wie die Polizei noch schlagkräftiger und effizienter werden kann. Die Trennung von Ruhe und Ordnung und Sicherheit leuchtet in einem gewissen Sinne ein, aber es gibt auch eine bundesrechtliche Rechtsprechung von 2009, die festhält, dass nicht ersichtlich werde, dass die öffentliche Sicherheit streng von der öffentlichen Ordnung getrennt werden kann. Ein Beispiel dazu: Wenn es in einem Haus Lärm gibt, und die Gemeindepolizei geht hin und stellt fest, dass es sich um einen Fall von häuslicher Gewalt handelt, dann muss die Kantonspolizei kommen. Es braucht eine enge Zusammenarbeit, auch mit dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit. Die Grundaufträge sind unterschiedlich, aber es gibt eine geregelte Unterstützung. Eine noch vertiefter geregelte Unterstützung zwischen der Gemeindepolizei und der Kantonspolizei schliesst sich nicht aus. Gerade letzthin war zu lesen, dass die Situation bezüglich Velodiebstähle in Therwil unbefriedigend ist. Die Schule wollte eine Videoüberwachung einführen, die Kantonspolizei war informiert über die ganze Situation, die Gemeindepolizei

wusste jedoch nichts. Diese könnte Patrouillen machen. Dafür ist sie nicht zuständig, aber dies hätte einen präventiven Charakter. Der Redner kann nicht verstehen, dass die Gemeindepolizei nicht einmal informiert wird, wenn in einem Dorf etwas geschieht. Der Redner hat heute eine entsprechende Motion eingereicht. Das Gleiche gilt auch für einen Verkehrsunfall: Ist die Gemeindepolizei gerade vor Ort, wäre es sinnvoll, wenn sie die Unfallstelle sichern könnte, bis die Kantonspolizei eintrifft und übernimmt.
Dem Redner ist bewusst, was geschieht, wenn ein Postulat nicht abgeschrieben wird – der Vorstoss landet auf einem Aktenberg in der Direktion und bleibt liegen, bis er im Rahmen einer Sammelvorlage abgeschrieben wird. Der Redner ist mit der Beantwortung in gewissen Punkten nicht zufrieden, weil er wirklich Verbesserungspotenzial sieht, aber das Postulat liegen zu lassen, erscheint nicht zielführend. Deshalb hat er ein neues Postulat eingereicht. Darin geht es darum, genau hinzuschauen – dies entspricht auch den Rückmeldungen der Gemeindepolizeien –, wie der Informationsaustausch verbessert werden kann. Es gibt etwa die Möglichkeit der digitalen Abfrage, womit das erwähnte Next-Best-Prinzip aufgenommen werden könnte. Vor der Neuorganisation der Polizei war es möglich – und in der neuen Polizeiorganisation ist es plötzlich nicht mehr möglich. Weiter soll die Einführung eines kooperativen Präsenzmodells geprüft werden. Das vorliegende Postulat kann stehengelassen werden, aber auch Abschreiben ist möglich, denn der Redner hat mit einem zweiten Postulat nachgedoppelt.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) merkt an, die GLP-Fraktion unterstütze das Postulat nicht und sei für Abschreiben.
In Abweichung von der Fraktionsmeinung hat die Rednerin eine andere Haltung. Die Sicherheit der Bevölkerung muss im Zentrum der Polizeiorganisation stehen. Darum ist es sinnvoll, regelmässig zu prüfen, wie die vorhandenen Polizeikräfte und Ressourcen so eingesetzt werden können, dass sie im Ernstfall möglichst schnell und wirkungsvoll Hilfe leisten können. Ob bei einem Verkehrsunfall, einem Einbruch oder einer verdächtigen Beobachtung: Die Bevölkerung erwartet, dass die Polizei rasch vor Ort ist. Eine Gemeindepolizeipatrouille in der näheren Umgebung könnte zum Beispiel eine Unfallstelle absichern, erste Hilfe leisten oder bei einem Einbruch die Kantonspolizei unterstützen. Das Postulat von Pascal Ryf gibt die Gelegenheit, jetzt die Zusammenarbeit zwischen der Kantons- und Gemeindepolizei kritisch zu überprüfen. Entscheidend sollten dabei die Ausbildung und die konkrete Einsatzkompetenz der Polizistinnen und Polizisten sein – und nicht allein die Frage, ob sie beim Kanton oder bei der Gemeinde angestellt sind. Die Zuständigkeit und die Einsatzführung müssen selbstverständlich klar geregelt sein, gleichzeitig dürfen geeignete und verfügbare Polizeikräfte nicht ungenutzt bleiben – und wichtige Informationen müssen rechtzeitig weitergeleitet werden. Selbstverständlich stellen sich dabei auch finanzielle Fragen, denn eine engere Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei führt eventuell zu zusätzlichen Kosten für Ausbildungen, Ausrüstungen und die Kommunikation. Es entstehen auch Diskussionen darüber, wer für welche Leistungen bezahlt und wer zusätzlich Verantwortung übernehmen soll. Solche Fragen müssen transparent geklärt werden. Entscheidend ist aber, ob die Verbesserungen einen messbaren Nutzen für die Sicherheit der Bevölkerung bringen. Das Ziel muss eine Polizeiorganisation sein, in welcher die Kantons- und Gemeindepolizei ihre Stärken nutzen, sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam für die Sicherheit der Bevölkerung einstehen können. Im Ernstfall zählt nicht, zu welchem Korps eine Polizeipatrouille gehört, sondern wie schnell und wirkungsvoll Hilfe oder Unterstützung geleistet werden kann. Es gibt vielleicht Gemeindepolizisten, die sich bewusst für eine Gemeinde entschieden haben, weil sie die Belastung des Berufs als Kantonspolizist nicht mehr wollen. Dem müsste auch Rechnung getragen werden, wenn jemand nicht mehr zu schweren Verkehrsunfällen gerufen werden will.

Gzim Hasanaj (Grüne) begrüsst Michael Martig von der Gemeindepolizei in Therwil und Franz Brotmann, frisch pensioniert bei der Gemeindepolizei in Oberwil. Dem Redner gefällt der Satz

«Datenschutz soll nicht zum Täterschutz werden». Eine engere und bessere Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde- und Kantonspolizei wäre sehr wichtig. Normalerweise ist der Redner dagegen, dass Vorstösse nicht abgeschrieben werden, weil sie in einer Schublade oder auf einer Liste der GPK landen. Hier macht der Redner eine Ausnahme und bittet, den Vorstoss nicht abzuschreiben. Alle Landratsmitglieder haben ein Schreiben von Gemeindepolizisten erhalten, dass sie dies wünschen. Auch im Zusammenhang mit der am Vormittag geführten Diskussion wäre es wichtig, dass das Geschäft noch offengelassen wird und alle Vorstösse als Paket behandelt werden.
Heute Morgen wurde deutlich, dass es bei der Kantonspolizei gewisse Engpässe gibt – statt aber mehr Personal zu fordern oder nach der Militärpolizei zu rufen, müsste geschaut werden, welche Ressourcen vorhanden sind, die eingesetzt werden könnten. Die SVP-Fraktion hat eine grosse Sympathie für Trump, der die Gewohnheit hat, die Militärpolizei auf die Strasse zu schicken – aber das wäre eine höhere Eskalationsstufe. Bevor die Militärpolizei bemüht wird, sollten andere Möglichkeiten geprüft werden. Im Vorstoss von Pascal Ryf ist ein Beispiel aus Oberwil erwähnt, der Vorfall bei der Bank, und das zeigt sehr gut: Wäre eine bessere Zusammenarbeit möglich gewesen, hätte man die Gemeindepolizei miteinbeziehen können. Der Redner hatte einen Bedrohungsfall bei der Arbeit, bei welcher es funktionierte, wie es sollte: Die eine Arbeitskollegin hat die Gemeinde-, die andere die Kantonspolizei angerufen. Die Gemeindepolizei war sehr schnell vor Ort und überbrückte die Situation, bis die Kantonspolizei da war. Es gibt Potenzial, diese Ressourcen zu nutzen, statt ständig mehr Stellen zu fordern. Die Geschäfte sollten als Paket betrachtet werden. Der Redner appelliert, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

Anita Biedert (SVP) dankt für den Einsatz der Gemeinde- und Kantonspolizei. Zentral ist die Effizienz der Behörden und die Bürgernähe. Seit der Revision des Polizeigesetzes gibt es eine strikte Trennung: Ruhe und Ordnung hier, öffentliche Sicherheit und Kriminalbekämpfung da. Die Praxis zeigt aber, dass die Kantonspolizei nicht immer sofort zur Stelle sein kann, dies aufgrund fehlender Ressourcen (und nicht, weil der Wille nicht da wäre). Es stünden jedoch während eines Eingriffs bewaffnete und einsatzbereite Gemeindepolizisten und -polizistinnen bereit, aber mangels gesetzlicher Kompetenz werden sie nicht verständigt oder nicht miteinbezogen. Eine stärkere Einbindung würde es erlauben, die örtliche Polizei, also die Gemeindepolizei, zur ersten Intervention aufzubieten. Für die Bevölkerung wäre das nicht nur wünschenswert, sondern auch sinnvoll. Zu bemängeln ist, dass der Informationsfluss aufgrund der Gesetzeslage bei Delikten wie Einbrüchen etc. leider nicht funktioniert. Die Gemeindepolizistinnen und -polizisten kennen ihr Dorf, die Bevölkerung und die Abläufe im Dorf. Würden sie in die Sicherheitsarbeit miteinbezogen, würde das bestimmt zu zielführenderen Situationen respektive zu mehr Durchschlagskraft führen und die Kantonspolizei entlasten.
Betreffend Qualität und Ausbildung: Die Gemeindepolizisten haben auch eine Polizeischule absolviert, ebenso Schiessübungen, die sie gemeinsam mit der Kantonspolizei trainieren. Die Bevölkerung würde sich sinnvoll geschützt fühlen. Sie kann die strikte Abgrenzung nicht ganz nachvollziehen, denn in einer Situation, in der man die Hilfe rasch und effizient haben sollte, ist es egal, von welcher Seite die Unterstützung kommt. Das Vertrauen in die Sicherheit im Baselbiet würde damit sicher gestärkt. Die Rednerin wäre für Stehenlassen, jedoch sollte der Vorstoss nicht in der Schublade landen und lange liegenbleiben – aber er kann auch abgeschrieben werden, denn es gibt ein neues Postulat, das die Rednerin unterstützen wird. Wichtig ist, dass man hart am Ball bleibt und einen Schritt weiterkommt zum Schutz der Bevölkerung.

Martin Karrer (SVP) juckt es. 90 Spezialisten oder momentan etwas weniger wollen die Polizeiarbeit beurteilen. Das ist ein massiver Eingriff ins operative System der Polizei. Die Polizeiführung macht sich diese Gedanken täglich. Der Redner hat das Vertrauen. Es sollen diejenigen die Arbeit

machen, die über das Wissen verfügen. Die Vorschläge mögen gut sein, aber man sollte die Profis arbeiten lassen.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) war froh um das Postulat, damit durchgedacht werden konnte, wie die Polizei organisiert sei und welche Entwicklungsmöglichkeiten es gäbe – und welches die Idealvorstellung einer Polizeiorganisation wäre. Die Gemeindepolizeien haben teilweise Probleme bei der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Mitarbeitenden der Gemeindepolizeien sind Absolventinnen und Absolventen der Polizeischule. Sie arbeiten im Bereich Ruhe und Ordnung. Mit der nächsten Gesetzesrevision des Polizeigesetzes – nicht mit jener, deren Vernehmlassung abgeschlossen ist – soll Gemeindepolizeien ermöglicht werden, dass sie auch polizeiliche Sicherheitsassistentinnen und -assistenten anstellen können, denn es erscheint nicht ganz einsichtig, warum es ausschliesslich ausgebildete Polizistinnen und Polizisten sein sollen. Zu den anderen Vorschlägen: Das Polizeigesetz lässt «next best» nicht zu, und das Gesetz wird mit einem Postulat nicht geändert. Es ist klar, wer wofür zuständig ist, und das System hat sich bewährt. Eine parallele Zuständigkeit und eine Zersplitterung der Aufgaben bewähren sich einfach nicht, dann verliert man an Effizienz. Wenn andererseits gesagt wird, alle sollen das Gleiche machen, dann wäre dies eine Einheitspolizei. Die Rednerin würde dies nur vorschlagen, wenn sie vom Landrat den Auftrag erhält, dies genau anzuschauen. Nicht alle Polizistinnen und Polizisten auf den Gemeinden haben genau die gleichen Ausbildungen. Alle erhalten die gleiche Grundausbildung, und bei taktischen Überlegungen etc. ist die Kantonspolizei anders aufgestellt. Deshalb funktioniert es nicht mit «next best»: Die Gemeindepolizeien haben andere Aufgaben, andere Weiterbildungen, und sie sind nicht ins Alarmierungssystem eingebunden, ansonsten müssten sie auch in die Einsatzplanung einbezogen werden. Es wäre nicht zufällig, ob eine Gemeindepolizei gerade auf Patrouillen ist, sondern es würde bestimmt, am Dienstagabend sollen sie patrouillieren. Aber dafür braucht es eine Polizeigesetzrevision, um die Zuständigkeiten zu ändern.
Das jetzige System funktioniert. Dem Problem bei den Gemeindepolizeien vor allem bezüglich Rekrutierung kann mit der Zulassung von PSIA entgegengetreten werden. Der Regierungsrat sieht keinen Handlungsbedarf. Es wurde geprüft und berichtet. Die Rednerin bittet den Landrat, das Postulat abzuschreiben.

Pascal Ryf (Die Mitte) hat aus Effizienzgründen ein neues Postulat eingereicht. Die Gesetze macht der Landrat und nicht der Regierungsrat. Wird ein Postulat eingereicht, heisst das nicht, dass der Regierungsrat nicht auch ein Gesetz anpassen kann. Dass die Polizei eine gute Arbeit macht, wurde nicht in Frage gestellt. Aber nochmals zum Beispiel der Velodiebstähle: Es leuchtet doch nicht ein, wenn ein Problem in einem Dorf besteht und die zuständige Gemeindepolizei nicht informiert ist. Der Polizist kontrolliert eine Person, weiss von nichts – und nachmittags kommt die Kantonspolizei ins Dorf und sucht genau diese Person. Der Dorfpolizist hätte gewusst, wo diese Person ist, und diese konnte schliesslich verschwinden. Das ist nicht verständlich. Es geht um den gesunden Menschenverstand – dass man Informationen austauscht, um möglichst schlagkräftig zu sein.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 61:9 Stimmen wird das Postulat 2025/70 abgeschrieben.